

Erdgas und Wasserstoff

Bundesregierung einigt sich auf Strategie zum Bau neuer Kraftwerke

Mit Gas sollen sie starten und später auf Wasserstoff umgestellt werden: Die Ampelregierung hat nach langem Ringen einen Kompromiss zum Bau neuer Kraftwerke gefunden.

Aktualisiert am 5. Februar 2024, 13:55 Uhr  Quelle: ZEIT ONLINE, Reuters, dpa, AFP, [kzi](#)

► 4 Min.  1.261



Baustelle eines Gasheizkraftwerks in Leipzig, das auch mit Wasserstoff funktioniert, Aufnahme vom Juni 2022 © Jan Woitas/dpa

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister [Robert Habeck](https://www.zeit.de/thema/robert-habeck) [https://www.zeit.de/thema/robert-habeck] (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) haben sich auf eine Strategie zum Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/robert-habeck-gaskraftwerk-foerderung-regierung] in Deutschland verständigt. Nach Angaben von Kanzleramt, Wirtschafts- und Finanzministerium haben die drei Politiker dabei "die wesentlichen Elemente einer Kraftwerksstrategie sowie Festlegungen zu weiteren Vorhaben vereinbart".

MEHR ZUM THEMA

Energiepolitik**Solarindustrie****Soll der Staat die Solarindustrie retten?**

[<https://www.zeit.de/2024/06/solarindustrie-hersteller-subventionen-deutschland-china>]

Energiemonitor**Schafft Deutschland die Energiewende?**

[<https://www.zeit.de/wirtschaft/energiemonitor-strompreis-gaspreis-erneuerbare-energien-ausbau>]

Die Kraftwerke sollen die Versorgung mit klimafreundlichem Strom auch in Zeiten mit wenig Sonne [<https://www.zeit.de/2024/06/solarindustrie-hersteller-subventionen-deutschland-china>] und Wind gewährleisten. Vorgesehen ist den Angaben nach, dass die Kraftwerke zunächst mit Gas betrieben werden und später auf klimafreundlichen Wasserstoff [<https://www.zeit.de/thema/wasserstoff>] umgestellt werden. Dieser dürfte für lange Zeit deutlich teurer sein als Erdgas.

Zunächst solle die Errichtung von bis zu zehn Gigawatt an Gaskraftwerksleistung ausgeschrieben werden, teilten die beteiligten Häuser mit. In den 2030er-Jahren sollen die Kraftwerke [<https://www.zeit.de/thema/kraftwerk>] dann komplett auf Wasserstoff umgestellt werden.

Betreiber sollen Kapazitäten vorhalten

Laut der Mitteilung aus der Bundesregierung [<https://www.zeit.de/2024/06/ampel-koalition-vertrauensfrage-migrationspolitik-rechtsextremismus>] wird damit der Rahmen für Investitionen "in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke" geschaffen. Die Planung der Anlagen sowie deren Genehmigung soll beschleunigt, die Pläne mit der EU-Kommission abgestimmt werden.

Geplant ist zudem ein sogenannter Kapazitätsmechanismus. Dieser sieht vor, dass Betreiber in einigen Jahren dafür honoriert werden könnten, dass sie Kraftwerkskapazitäten vorhalten, etwa wenn kein Strom aus Erneuerbaren verfügbar ist.

Die Förderungen sollen aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden, einem Sondertopf des Bundes. Die Kosten liegen nach Informationen aus Koalitionskreisen bei

ungefähr 16 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Nach Informationen des *Spiegels* sollen die Ausschreibungen zur Förderung der neuen Kraftwerke in den kommenden drei bis vier Monaten ausgearbeitet werden.

"Gute Nachricht für die Energiewende"

Lob für die vorgelegte Strategie kam aus der Energiebranche. "Der gordische Knoten bei der Kraftwerksstrategie wurde jetzt durchschlagen", sagte Stefan Kapferer, Chef des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-09/energieversorgung-stromnetz-windenergie-energiewende-blackout>]. Der Konzern ist eines von vier Unternehmen in Deutschland, die die Übertragung des Stroms über sogenannte Stromautobahnen bewerkstelligen. Kapferer nannte die Einigung eine "gute Nachricht für die Energiewende und für eine zuverlässige Stromversorgung von morgen". Zugleich regte der 50Hertz-Chef eine sorgsame Auswahl der Standorte für neue Kraftwerke an. Die Regionalisierung der Back-up-Kraftwerke sei ein bedeutender Beitrag dafür, Kosten zu reduzieren – etwa für den Netzausbau.

Der verstaatlichte Energiekonzern Uniper [<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2023-07/gasmarkt-uniper-prueft-rueckzahlung-staatshilfe>] will sich voraussichtlich am Bau der neuen Kraftwerke beteiligen. Man sei "sehr erleichtert" über die Einigung, sagte Vorstandschef Michael Lewis. Ein schnelles Handeln sei dringend notwendig, weil der Prozess der Genehmigung und der eigentliche Bau von Kraftwerken und Speicheranlagen einige Jahre beanspruchen werde. Der Konzern gehe davon aus, dass er einen Teil der neuen Kapazitäten für Deutschland bauen werde, sagte Lewis. "Sobald wir die Details prüfen konnten, werden wir entscheiden, ob und mit welchen Investitionen wir uns beteiligen."

Zuspruch kam nach der Einigung außerdem aus der FDP selbst. "Mit der Kraftwerksstrategie als Übergang in einen Kapazitätsmechanismus stellt die Koalition die Weichen für ein sicheres, sauberes und kostengünstiges Stromsystem der Zukunft", sagte Fraktionsvize Lukas Köhler. Damit sei sichergestellt, dass zügig neue Gaskraftwerke finanziert werden könnten, ohne dass die Kosten dafür durch die Decke schössen.

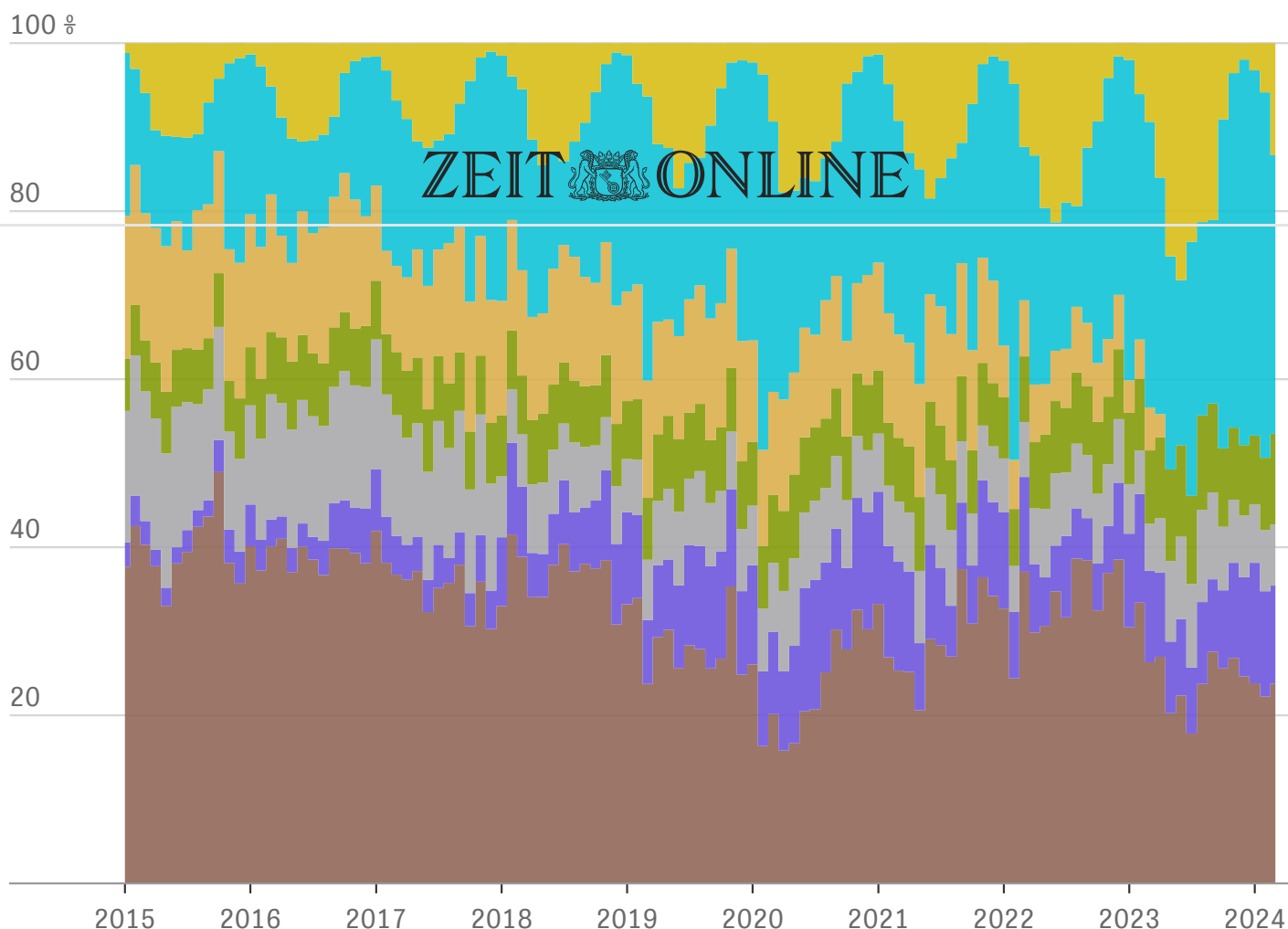
Grüne und FDP lange uneins

Die Bundesregierung [<https://www.zeit.de/thema/bundesregierung>] hatte über Monate um eine Verständigung gerungen. Habeck hatte sich für eine staatliche Förderung ausgesprochen, die sich im Milliardenbereich bewegen könnte. FDP-Politiker hatten auf die hohen Kosten einer Förderung verwiesen und "Technologieoffenheit" gefordert.

Woher der Strom die letzten Jahre kam

Stromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern, Monatswerte

Kohle Erdgas Sonstige Biomasse Atom Wind Solar



Zuletzt aktualisiert: 22. April 2024

Quelle: [Fraunhofer ISE](#)

Ziel der Bundesregierung ist es, dass in sechs Jahren 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen [<https://www.zeit.de/wirtschaft/energiemonitor-strompreis-gaspreis-erneuerbare-energien-ausbau>] stammen. Derzeit ist es etwas mehr als die Hälfte.